

# Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung

## Die Ereignisse im November 1923 und der Abbruch der demokratischen Entwicklung in Thüringen im Winter 1923/24

Das schnelle Ende der Mitte Oktober 1923 gebildeten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen gehörte zweifellos zu den dramatischen Höhepunkten des Krisenjahrs 1923. Infolge des von der deutschen Reichsregierung ausgerufenen passiven Widerstands gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen Anfang 1923, die auch durch die Nichteinhaltung der zuvor von Deutschland übernommenen Reparationsverpflichtungen provoziert worden war, geriet die junge Weimarer Republik erneut in eine existenzielle Krise. Die Hyperinflation und das mit ihr verbundene Massenelend sowie der massive Zulauf zu den rechtsextremistischen/faschistischen Gruppierungen und deren geheime Aufrüstung durch die Reichswehr gefährdeten zunehmend den Bestand der Demokratie. Sie zu beseitigen war das Ziel sowohl der schwerindustriellen Kreise um den Inflationsgewinner Hugo Stinnes, des führenden Generals der Reichswehr Hans v. Seeckt, des Münchener Triumvirats Gustav von Kahr, Hans von Seißer und Otto von Lossow als auch Adolf Hitlers an der Spitze der völkisch-rechtsextremistischen Kampfverbände. Gerettet wurde die Weimarer Demokratie letztlich nicht durch die Stärke ihrer republikanischen Verteidiger, sondern infolge der Uneinigkeit ihrer rechten/rechtsextremen Gegner, die im gescheiterten Putschversuch Adolf Hitlers am 8./9. November 1923 in München kenntlich wurde.

Die Führung der Kommunistischen Internationale (KI) hatte im Sommer 1923 in der Krise der Weimarer Republik und deren vermeintlich revolutionierender Wirkung auf die Massen, so am Antifaschistentag am 29. Juli 1923 und während des Cuno-Streiks<sup>1</sup> Mitte August 1923, eine Chance sehen wollen, der 1918/19 stecken gebliebenen proletarischen Weltrevolution einen neuen Impuls zu geben. In dem von ihr geplanten »Deutschen Oktober«, der eine Abkehr von der zwei Jahre zuvor beschlossenen Einheitsfrontpolitik und damit eine Rückkehr zur 1921 in Deutschland gescheiterten Offensivstrategie bedeutete, kam den in Sachsen und Thüringen gebildeten Arbeiterregierungen eine Schlüsselrolle zu. Es ist dieser Aspekt, der ihre nachfolgende Darstellung prägt und offenkundig auch weiterhin bestimmt<sup>2</sup>, wobei den Geschehnissen in Sachsen aufgrund der Reichsexekution vom 29. Oktober und deren Konsequenzen für die weitere Entwicklung in Deutschland stets die größere Aufmerksamkeit zukommt als den Vorgängen in Thüringen.

Wird indes der Blick über das Krisenjahr 1923 geweitet und der gesamte Zeitraum zwischen 1920 bis 1923 und darüber hinaus betrachtet, zeigen sich mit der

1 Streikwelle im August 1923 gegen die Regierung des Reichskanzlers Wilhelm Cuno, die sich aus DDP, Zentrum, DVP und BVP zusammensetzte. Cuno selbst war parteilos.

2 Ullrich, Volker: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund. München 2022. S. 139-170.

Arbeiterregierung in Thüringen sowie ihrer Vor- und Nachgeschichte erstens die Chancen und Möglichkeiten kommunistischer Einheitsfrontpolitik und linksrepublikanischer Reformpolitik, mit der die Thüringer Sozialdemokratie eine wirkliche Alternative zur Koalitions politik der SPD auf Reichsebene praktizierte. Zweitens werden zugleich die Grenzen dieser beiden Politikansätze sichtbar, die ihnen im Fall der Einheitsfrontpolitik durch ihre inneren Widersprüche und bezüglich der linksrepublikanischen Reformpolitik durch ihre regionale Begrenztheit und mangelnde Unterstützung seitens der eigenen Parteiführung auf Reichsebene gezogen wurden. Drittens schließlich zeigen sich die dramatischen Konsequenzen des Abbruchs der 1920 begonnenen Reformpolitik für die Weimarer Demokratie und die Entwicklung in Thüringen selbst.

Dieser Abbruch resultierte jedoch nicht aus dem Scheitern der Arbeiterregierung, sondern aus dem indirekten Staatsstreich der Reichswehr zur Unterstützung der Thüringer »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«<sup>3</sup>. Sie war zwischen 1920 bis 1923 erfolglos gegen die von der KPD unterstützte linksrepublikanischer Reformpolitik der Thüringer Sozialdemokratie Sturm gelaufen. In deren Folge hatte sich das 1920 konstituierte Land Thüringen zunächst »zu einem regionalen Reformzentrum der frühen Weimarer Republik, zu einem Hoffnungsträger der Reformgruppen wie zu einem Schreckgespenst ihrer Gegner«<sup>4</sup> entwickelt. Deshalb stellte die am 16. Oktober 1923 gebildete Thüringer Arbeiterregierung auch den Höhepunkt und Abschluss einer mehr als drei Jahre andauernden Auseinandersetzung um die Entwicklung des 1920 gegründeten Landes dar. Zugleich jedoch scheiterte sie aufgrund der widerstrebenden Motive, die die beiden Arbeiterparteien jeweils mit ihrer Bildung verbunden hatten.

## I.

Die im Ergebnis der Wahl zum I. Thüringer Landtag am 20. Juni 1920 gebildete DDP-MSPD-Minderheitsregierung war nach kurzer Zeit an ihren inneren Widersprüchen gescheitert. Mit der deshalb notwendig gewordenen vorzeitigen Neuwahl des Landparlaments hatte sich infolge des Wahlergebnisses vom 11. September 1921 die Chance zur Bildung einer sozialistischen Regierung ergeben. Obwohl die KPD entsprechend ihres revolutionären Selbstverständnisses die Beteiligung an einer solchen Regierung ausschloss, ermöglichte sie mit ihrer Unterstützung der beiden sozialdemokratischen Parteien im Thüringer Landtag die Bildung der MSPD-USPD-Minderheitsregierung unter August Frölich. Dieses Agieren war eines der ersten sichtbaren Ergebnisse der Einheitsfrontpolitik, die auf dem III. Weltkongress der KI und dem Jenaer KPD-Parteitag im Sommer 1921 von ihren mehr oder weniger selbst überzeugten Befürworterinnen und Befürwortern gegen erhebliche innere Widerstände in der KPD durchgesetzt werden musste.

Positiv definiert bedeutete kommunistische Einheitsfrontpolitik das Angebot zum gemeinsamen Kampf aller Arbeiterinnen und Arbeiter, unabhängig von ihrer

3 Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Erfurt 2018. S. 100.

4 John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens 1918-1945. Erfurt 1995. Einführung, S. 29. (vgl. S. 17-53.)

parteipolitischen Orientierung oder ihrer Organisationszugehörigkeit bzw. -nichtzugehörigkeit, für die Verteidigung der elementaren Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung. Dieses Angebot resultierte aus der Tatsache, dass die weltrevolutionäre Situation der Jahre 1917/18 zu Ende und die weiteren Versuche bewaffneter Umstürze, Stichwort Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, gescheitert waren. Obwohl sich die deutsche und internationale Arbeiterbewegung im Ergebnis der Entwicklung seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel gespalten hatte, gab es dennoch gemeinsame Klasseninteressen der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten. Zugleich musste die kommunistische Bewegung zunächst konstatieren, dass die arbeitenden Massen auf Seiten des sozialdemokratischen Reformismus standen.<sup>5</sup>

Mit der kommunistischen Einheitsfronttaktik sollten diese Tatsache jedoch nicht als gegeben akzeptiert und darauf aufbauend ein politischer Neuanfang, eine revolutionäre Realpolitik versucht werden, die weitreichende Konsequenzen für das kommunistische Selbstverständnis hätte haben können. Vielmehr zielte die Einheitsfrontpolitik darauf ab, die Massen im Ergebnis gemeinsamer Kämpfe zu radikalisieren und die Einheit der Arbeiterbewegung auf kommunistischer Grundlage wiederherzustellen, um so die Voraussetzung für einen erneuten Revolutionsversuch zu schaffen. Zugespielt formuliert: Die sozialdemokratischen Adressatinnen und Adressaten sollten der Einladung zur kommunistischen Einheitsfrontpolitik folgen, um sich selbst überflüssig zu machen.

Die Praxis der Einheitsfrontpolitik zeigte jedoch, dass sich die KPD infolge des Verzichts auf eine unmittelbare revolutionäre Politik auf die Realitäten der Weimarer Republik einlassen und die parlamentarische Demokratie zumindest formal akzeptieren musste anstatt sie stürzen zu können. Für die Durchsetzung unmittelbarer sozialer Forderungen waren die Zusammenarbeit und Kooperationen mit jenen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen erforderlich, die es eigentlich im Interesse einer revolutionären klassenkämpferischen Einheit zu beseitigen bzw. grundlegend zu verändern galt. Schon um die Einsicht, dass es »ein bequemer und selbstgefälliger Scheinradikalismus (sei), würde auf den Kampf um Einfluss im kapitalistischen Staat und seinen Institutionen verzichtet«<sup>6</sup>, wie es in Bericht der kommunistischen Thüringer Landtagsabgeordneten der I. Legislaturperiode hieß, musste in der Thüringer KPD im Herbst 1921 hart gerungen werden. Die zwischen der Bezirksleitung und der Parteizentrale angestimmte Linie zur Tolerierung einer sozialistischen Regierung war im Bezirksausschuss am 25. September 1921 zunächst auf Ablehnung gestoßen. Es war eine umfassende innerparteiliche Auseinandersetzung notwendig, um die Thüringer KPD auf die parlamentarische Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung festzulegen.

Die Einheitsfrontpraxis und insbesondere die Debatten um die Arbeiterregierung zeigten je nach Sichtweise einerseits die potentiellen Möglichkeiten einer revolutionären Realpolitik, andererseits die opportunistischen Gefahren der Einheitsfrontpolitik. Aus einem falsch verstandenen Einheitsfrontverständnis, so der

5 Bergmann, Theodor: Einheitsfront. in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 3. Hamburg 1997. S. 194-199.

6 Gothaer Volksblatt, 27.08.1921.

Politische Sekretär der Thüringer KPD-Bezirksleitung Walter Ulbricht, würden mitunter kommunistische Funktionäre den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führern im Interesse der Einheit politisch zu weit entgegenkommen anstatt für eine wirklich kämpfende Einheitsfront einzutreten. Dagegen habe sich die Partei »mit aller Schärfe zu wenden«<sup>7</sup>.

Insofern war die Definition der Arbeiterregierung durch den Leipziger KPD-Parteitag Anfang 1923, sie sei »im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen« eine Möglichkeit »Arbeiterpolitik zu treiben«<sup>8</sup> einerseits eine Bestätigung der Einheitsfrontpolitik, andererseits jedoch eine Konzession an den Kampf gegen die, mit ihr, verbundene opportunistische Gefahr. Sie wurde nicht nur von den vehementen Kritikern vom ultra-linken Parteiflügel um Ruth Fischer, sondern auch von einem Großteil der Befürworterinnen und Befürwortern der Einheitsfrontpolitik, zu denen auch Ulbricht zunächst gehört hatte, als Hauptgefahr für die KPD gesehen.

Vor dem Hintergrund der Zuspitzung sowohl der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Einheitsfrontpolitik als auch der innenpolitischen Entwicklung war die Thüringer KPD im Frühjahr 1923 dazu übergegangen, anstelle ihrer Tolerierungspolitik gegenüber der Frölich-Regierung auf deren Ablösung durch eine aus ihrer Sicht wirkliche Arbeiterregierung hinzuwirken. Ein Zwischenziel bildete dabei die Installierung einer linkssozialdemokratischen Regierung nach dem Vorbild Sachsens.<sup>9</sup> Damit stieß sie jedoch bei den sozialdemokratischen Massen auf massive Widerstände und selbst die eigene Parteibasis war lange Zeit für dieses Ziel nicht zu mobilisieren. Der Versuch, einen Thüringer Betriebsrätekongress als Gegengewicht zum Thüringer Landtag zu organisieren, scheiterte Anfang September 1923.

Wenngleich die KPD am 11. September 1923 gemeinsam mit der Rechtsopposition der sozialdemokratischen Minderheitsregierung im Landtag das Misstrauen aussprach und diese zum Rücktritt zwang, hatte sie der Thüringer Sozialdemokratie erneut Verhandlungen zur Bildung einer Arbeiterregierung vorgeschlagen. Sie drohten jedoch Ende September 1923 an den kommunistischen Forderungen nach Einberufung eines Betriebsrätekongresses, der das Programm der Arbeiterregierung festlegen sollte, einem gemeinsamen proletarischen Selbstschutz gegen die zunehmende faschistische Bedrohung und weitgehenden Vollmachten für die Kontrollausschüsse zur Bekämpfung der sozialen Not und des Wuchers zu scheitern.

Die Aufforderung des KI-Vorsitzenden Grigori Sinowjew an die KPD von Anfang Oktober 1923, in die Landesregierungen in Sachsen und Thüringen einzutreten, um damit die Bewaffnung des Proletariats voranzutreiben, und die hierauf erfolgte Bereitschaftserklärung der KPD-Zentrale hatten letztlich zur Folge, dass die Thürin-

7 Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. 1: 1918-1933. Berlin 1953. S. 71.

8 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII/2. (Januar 1922 – Dezember 1923.) Berlin 1966. S. 251/252 (S. 246-255. Dok. 312).

9 Im Ergebnis langwieriger Verhandlungen wurde am 21. März 1923 eine ausschließlich aus Mitgliedern des linken sozialdemokratischen Parteiflügels bestehende Landesregierung auf der Grundlage eines zuvor mit der KPD ausgehandelten Tolerierungsabkommens gebildet. Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923. Weimar Köln Wien 1995. S. 336-343.

ger KPD ihren Konfrontationskurs gegenüber der Frölich-Regierung aufgab. Nun setzte sie alles daran, eine gemeinsame Regierung mit ihr zustande zu bringen, die sich jedoch nicht am Konzept des Leipziger Parteitages orientieren, sondern der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands dienen sollte.

## II.

Anders als rückblickend vielfach dargestellt war die Thüringer Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit nicht linksorientiert, wenngleich die SPD-Linke insbesondere in Ost-Thüringen einen starken Rückhalt besaß. Deren von Paul Levi maßgebend mitinitiierte Konstituierung am 29. Juli 1923 in Weimar hatte im Thüringer Bezirksverband, trotz der großen inhaltlichen Nähe, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Parteispaltung auch kritische Kommentare hervorgerufen. Ebenso wenig gehörte August Frölich im Zeitraum 1921-23 zur SPD-Linken, wenngleich die kommunistische Einschätzung, die in ihm den »Wortführer des rechten Flügels der Thüringer Sozialdemokratie«<sup>10</sup> sah, hierfür nicht maßgebend ist. Frölichs Politik war pragmatisch, jedoch nicht grundsatzlos, sondern sozialdemokratisch. Wenngleich er für sich in Anspruch nahm, mit seiner Politik die gesellschaftlich und vor allem sozial und ökonomisch benachteiligten Teile der Bevölkerung vorrangig im Blick zu haben, könne seine Regierung keine reine Arbeiterpolitik betreiben.<sup>11</sup>

Dennoch gibt es zwei entscheidende Punkte, die die linksrepublikanische Reformpolitik der Thüringer Sozialdemokratie zu einer praktischen Alternative gegenüber der sozialdemokratischen Koalitionspolitik auf Reichsebene und in Preußen machten. Ihr republikanischer Gestaltungs- und Durchsetzungsanspruch, verbunden mit ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPD, die Frölich auch nach dem Scheitern der Arbeiterregierung verteidigte. »Diese Verbindung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten sei ein Versuch gewesen, der einmal habe gemacht werden müssen.«<sup>12</sup>

Der republikanische Gestaltungs- und Durchsetzungsanspruch zeigte sich auf der Landesebene in einem Reformprogramm, das den Aufbau des neu gegründeten Landes auf republikanischer Grundlage und, soweit im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich, unter sozialen Gesichtspunkten vollzog. Er wurde kenntlich in einem konsequenten Republikenschutz und einer vollständigen territorialen Neugliederung der kommunalen Strukturen bei gleichzeitiger Demokratisierung der Gemeinde- und Kreisordnung. Herausragend war die Greilsche<sup>13</sup> Schulreform. Sie bewegte sich im Rahmen der Schulartikel der Weimarer Verfassung, schöpfte »aber im Unterschied zu den meisten anderen Ländern den damit verbundenen Handlungsspielraum entschieden aus«. Den Befürwortern von Bildungsreformen erschien sie »als vorbildlich

10 Neue Zeitung, 16.04.1923.

11 Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen. Weimar o.J. S. 3991.

12 Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar: Staatsministerium Präsidiabteilung Nr. 87. Bl. 212.

13 Max Greil war Pädagoge und linker Schulreformer, Thüringischer Bildungsminister. Siehe Mitzenheim, Paul: Entschieden für eine neue Schule. Max Greil (1877-1939.) in: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart; Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 187-196.

und wegweisend, ihren Gegnern als Teufelswerk«, vor dem sich das ganze bürgerliche Deutschland bekreuzigt habe.<sup>14</sup>

Die Tolerierungspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Cuno-Regierung 1922/23 rief hingegen in der Thüringer Sozialdemokratie ebenso massive Kritik hervor wie die Art und Weise, mit der die Parteiführung und die Minister in der Großen Koalition in Berlin unter Gustav Stresemann<sup>15</sup> die proletarische Interessen – Stichwort Acht-Stunden-Tag –, eben nicht vertraten. Nicht die Große Koalition an sich, sondern deren praktische Politik zulasten der Arbeiterschaft riefen im Herbst 1923 sowohl die Kritik August Frölichls als auch des Geraer Parteilinken Otto Jenssen hervor. Letzterer kritisierte, dass nicht die Massen zur Verteidigung der Republik mobilisiert worden waren, sondern zum Belagerungszustand gegriffen wurde. Ebenso war es für ihn unverständlich, dass die auf dem Boden der Republik stehende sozialdemokratische Politik in Thüringen und Sachsen nicht unterstützt, sondern ihr Schwierigkeiten gemacht werde.<sup>16</sup>

Generell belasteten die reichspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die weitere Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, das Reformprogramm der Thüringer Sozialdemokratie. Bei den Kommunalwahlen im September 1922 musste sie eine schwere Niederlage hinnehmen, große Teile ihrer bisherigen Wählerschaft waren der Abstimmung ferngeblieben und begannen sich der KPD zuzuwenden, wenngleich sie sie noch nicht wählten. Eine weitere Ursache für diese Entwicklung war jedoch die Tatsache, dass auch die Thüringer Sozialdemokratie auf außerparlamentarische Aktionen zur Abwehr der Verschlechterung der sozialen Situation der arbeitenden Bevölkerung weitgehend verzichtete. Demgegenüber hatten große Teile der gewerkschaftlichen Basis, so bei den »Zehn Forderungen an die Reichsregierung und den Reichstag zur Neuordnung der Steuerpolitik«<sup>17</sup>, in der Frage der Rolle der Betriebsräte oder auch beim Cuno-Streik, solche Aktionen gefordert und waren deshalb für die kommunistischen Einheitsfrontangebote partiell ansprechbar gewesen.

Neben der Überzeugung, dass die antimonarchistische Haltung und das Streben nach der Emanzipation der Arbeiterschaft beide Arbeiterparteien über alle grundsätzlichen Unterschiede miteinander verbanden, war die Bereitschaft der Thüringer Sozialdemokratie zur Zusammenarbeit mit der KPD auch Ausdruck wohlverstandener Eigeninteressen. Mittelfristig ging es ihr um die Integration der KPD in das parlamentarische System, um das republikanische Lager und die sozialistische Arbeiterbewegung zu stärken. Hierzu sollte die KPD bewegt werden, ihre bolschewistische Putschtaktik aufzugeben. »Wir in Thüringen müssen an ihnen Erziehungsarbeit verrichten, wenn wir sie zur Mitverantwortung heranziehen, so leisten wir Arbeit

14 John, Jürgen: »Land im Aufbruch« Thüringer Demokratie- und Gestaltungspotenziale nach 1918. in: Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Weimar 1919. Chancen einer Republik. Köln Weimar Wien 2009. S. 39/40. (S. 17-46.)

15 Bestehend aus Ministern von SPD, Zentrum, DVP und DDP seit dem 13. August 1923.

16 *Reußische Volkszeitung*, 30.10.1923.

17 Sie waren eine Antwort auf die Forderungen Hugo Stinnes, die Reichsregierung nur dann bei der Erfüllung der Reparationszahlungen zu unterstützen (Londoner Zahlungsplan), wenn sie die Eisenbahnen und andere Reichsbetriebe privatisieren würde. Die Gewerkschaftsführungen verzichteten jedoch auf die Mobilisierung ihrer Basis für ihre Forderungen.

für ganz Deutschland«, erklärte der Jenaer SPD-Landtagsabgeordnete Paul Kieß, ein vehementer Befürworter der Zusammenarbeit mit der KPD.

Dementsprechend war die Thüringer Sozialdemokratie mit der Bildung der Arbeiterregierung davon ausgegangen, dass dies einen »Wendepunkt der Geschichte des deutschen Parlamentarismus in den Ländern«<sup>18</sup> bedeuten könnte. Für die weitere politische Entwicklung in Thüringen hoffte sie, mit der Arbeiterregierung das Land als republikanisches Bollwerk gegen nationalistische Mobilisierung zu erhalten. Zugleich zeigte sie sich gegenüber den erkennbaren aufständischen Tendenzen, die die KPD-Politik seit dem Sommer 1923 kennzeichneten, nicht blind. Im Detail zwar unzutreffend, in der Tendenz der Gesamtentwicklung jedoch völlig richtig hatte August Frölich den Cuno-Streik Mitte August 1923 als Auftakt zum kommunistischen Revolutionsversuch gedeutet, »wobei wie 1921 beim mitteldeutschen Aufstand die Parole von Moskau zum Losschlagen«<sup>19</sup> zu kommen schien.

Dementsprechend verfolgte die Thüringer Sozialdemokratie eine Doppelstrategie. Einerseits wollte sie die unabsehbaren Folgen des am 27. September 1923 durch Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands und die mit ihm verbundenen Eingriffe des Militärbefehlshabers in die Landespolitik für die parlamentarische Demokratie abwenden. So kritisierte August Frölich an verschiedenen Stellen die Maßnahmen der Reichswehr gegen die KPD. Andererseits durchkreuzte sie alle Bestrebungen ihres kommunistischen Koalitionspartners, die Konflikte mit der Reichswehr und der Reichsregierung zuzuspitzen, um die Massen für einen Generalstreik mobilisieren zu können.

Der Thüringer Sozialdemokratie und insbesondere August Frölich wurde rückblickend nicht nur von der KPD vorgeworfen, sie hätten die Reichswehr ins Land geholt und Frölich habe in Berlin Material gegen die KPD gefordert, um die Regierungszusammenarbeit mit ihr beenden zu können. Tatsache ist, dass die sozialdemokratische Landesregierung ein militärisches Vorgehen gegen die bayrische Bedrohung der Republik gefordert hatte. Während sie mit ihren eigenen regulären Kräften einen faschistischen Marsch auf Berlin kaum hätte aufhalten können, wies sie, um der Reichswehr keine Vorwände zu liefern, die KPD-Forderungen nach Einsatz des proletarischen Selbstschutzes zur Abwehr der an Thüringens Südgrenze aufmarschierenden rechtsextremen bayrischen Kampfverbände strikt zurück. Sie selbst war jedoch über die Aktivitäten der Reichswehr bis zu deren Einmarsch in Thüringen im Unklaren gelassen worden.

Tatsache ist weiter, dass August Frölich kein Material gegen die KPD benötigte. Für ihn stand nach dem Alleingang der kommunistischen Minister vom 2. November 1923 fest, dass er die Zusammenarbeit mit ihr beenden werde, da er keine gemeinsame Grundlage mehr sah. Die Kommunisten hatten ohne Absprache mit ihren sozialdemokratischen Kollegen eine Erklärung gegen die Reichsregierung und die Reichsexekution in Sachsen veröffentlicht. Am 7. November veröffentlichte Frölich einen Artikel, mit dem er aus seiner Sicht nach den Erfahrungen in den Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen die Frage verneinte, ob die Kommunisten koalitionsfähig seien. Im Reichstag erklärte er rückblickend: »Wir hatten den ehr-

---

18 Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen. S. 5685.

19 Das Volk, 11.09.1923.

lichen Willen, zusammen mit den Kommunisten zu arbeiten. Diese hatten erklärt, daß sie auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Als ich sah, daß die Dinge so nicht gingen, daß die Regierung diskreditiert werden sollte, habe ich von mir aus erklärt, so etwas mache ich nicht mit, – ohne daß ich aber die Reichswehr gebraucht hätte.«<sup>20</sup>

### III.

Tatsächlich war der Einmarsch der Reichswehr Anfang November 1923 erfolgt, um «die Verhältnisse in Thüringen selbst einer gründlichen Neuordnung» zu unterziehen.<sup>21</sup> Aus Sicht der Reichswehrrführung hatte sich die Frölich-Regierung mit ihrer Reformpolitik als teilweise gefährlicher erwiesen als das Kabinett Erich Zeigners in Sachsen. Ihr Anliegen, militärisch Ordnung zu schaffen, traf sich mit den Bestrebungen der Thüringer antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz, die seit Bildung der sozialdemokratischen Landesregierung 1921 vergeblich versucht hatte, die Reichsgewalt gegen deren Politik aufzurufen.

Wenngleich sich das Agieren der Reichswehr vordergründig gegen die kommunistischen proletarischen Hundertschaften richtete, wobei die von ihr aufgefundenen Aufstandsplanungen nachträglich der Legitimierung ihres Vorgehens dienten, blieben Kommunistinnen und Kommunisten unter den Opfern ihrer Gewalt in der Minderheit. In der Mehrzahl waren Sozialdemokraten und parteilose Bürgerinnen und Bürger Ziel der Repressionen, weil sie sich entweder aus Sicht ihrer bürgerlich/agrarischen Widersacher zu sehr für die Republik engagiert hatten, ihre Bestrebungen – wie im Fall des Weimarer Bauhausdirektors Walter Gropius – nicht ins deutsch-nationale Weltbild passten oder sie von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schlicht denunziert wurden.

In der Hauptsache richtete sich das Agieren des Militärs gegen die nach dem Austritt der KPD aus der Landesregierung am 12. November 1923 weiter amtierenden sozialdemokratischen Minister. An deren Stelle sollte nach den Wünschen der Rechtsopposition ein Reichskommissar treten, was jedoch vor dem Hintergrund der relativen Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse im Winter 1923/24 kaum noch zu bewerkstelligen war. Deshalb zielte das Agieren des Militärs auf eine Neuwahl des Landtages unter dem militärischen Ausnahmezustand, während der Militärbefehlshaber die eingeleiteten Reformen der sozialdemokratischen Landesregierung bereits schrittweise per Verordnungen aufhob. Letztlich musste die Frölich-Regierung Anfang Dezember 1923 zurücktreten, weil deren Zusammensetzung der Landesverfassung nicht mehr entsprach. Der Versuch einer Nachwahl war im Landtag gescheitert, weil sich die KPD-Landtagsfraktion trotz gegenteiliger Auffassung einer entsprechenden Anordnung der Zentrale fügte, die damit die Irrungen und Wirrungen der Ruth Fischer Ära vorwegnahm.

Zumindest indirekt unterstützte der Militärbefehlshaber die Formierung einer antisozialistischen Einheitsliste unter Einschluss der DDP, die ihrerseits die mög-

20 Verhandlungen des Deutschen Reichstag. 1. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte. Berlin 1924. S. 12273.

21 Hürten, Heinz: Das Krisenjahr 1923. Militär- und Innenpolitik 1922-1924. Düsseldorf 1980. S. 340. Dok. 207.



liche Teilnahme völkischer und nationalsozialistischer Gruppierungen akzeptiert hätte. Sie kam jedoch nicht zustande. Während die Reichswehr die Hilfsmaßnahmen der Internationalen Roten Arbeiterhilfe zur Versorgung der besonders notleidenden Bevölkerungskreise zu blockieren versuchte, gab sie sich zunehmend selbst als Helfer in der sozialen Not. Mit ihren öffentlichen Aufmärschen am Reichsgründungstag am 18. Januar 1924 trug sie zudem zur nationalistischen Mobilisierung der bürgerlich-agrarischen Wählerschaft bei.

Im Ergebnis der Landtagswahl am 10. Februar 1924 wurde der Thüringer Ordnungsbund stärkste politische Kraft, er konnte jedoch nur mit Unterstützung der erstmals in einen deutschen Landtag einziehenden völkisch-nationalsozialistischen Abgeordneten eine Regierung bilden. Unter seiner Ägide wurde Thüringen nun zu einem Hort der Reaktion und eine frühe Hochburg der NSDAP, die hier 1930 mit dem Münchener Putschisten Wilhelm Frick erstmals in eine Landesregierung eintrat.